

Brenke, Karl

Article

Deutsche Arbeitsmarktreforemen - lieber nicht exportieren

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl (2013) : Deutsche Arbeitsmarktreforemen - lieber nicht exportieren, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 4, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/69303>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutsche Arbeitsmarktreformen – lieber nicht exportieren

Immer wieder ist zu hören, dass die Arbeitsmarktreformen unter der Schröder-Regierung zur derzeit in Deutschland vergleichsweise günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen hätten. Und es mehren sich die Stimmen, die solche Reformen den südeuropäischen Krisenstaaten zur Nachahmung empfehlen. Dass solche Auffassungen in der Politik zu finden sind, muss nicht weiter erstaunen, denn Politiker neigen naturgemäß dazu, ihr Handeln als Erfolg zu verkaufen. Das ist schließlich ihr Geschäft. Bemerkenswert ist allerdings, dass auch in den Medien und sogar in der Wissenschaft an den Erfolg der Arbeitsmarktreformen geglaubt wird. Diese sollten eigentlich kritischer sein.

Tatsächlich lassen sich aber keine tragfähigen Belege dafür finden, dass die Reformen zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Das gilt vor allem für deren Kernstück: die Hartz-IV-Reform. Diese Reform basierte auf der Annahme, dass man die Arbeitslosen nur unter Druck setzen müsse, damit sie eine Arbeit annehmen. Die vermeintlich zu hohen Sozialleistungen würden sie nur in der Arbeitslosigkeit verharren lassen. Dieses „Armutsfallentheorem“ ist eines der vielen in den Wirtschaftswissenschaften zu findenden küchenpsychologischen Versatzstücke, die sich zwar plausibel anhören, empirisch aber überhaupt nicht belegt sind. Nach der Hartz-IV-Reform gab es eine Reihe von Untersuchungen, um deren Effekte zu ermitteln. Doch es konnten keine belastbaren Beweise für eine Wirkung gefunden werden. So hatte sich sowohl das Suchverhalten als auch die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit beim entsprechenden Kreis nicht verändert. Dasselbe gilt für die Arbeitsbereitschaft und die Ansprüche, die an die Entlohnung bei der Aufnahme eines Jobs gestellt wurden. Diese Ansprüche waren auch schon vor der Reform nicht groß. Natürlich gab und gibt es immer Personen, die ein Unterstützungssystem ausnutzen. Wie schon lange bekannt ist, will aber der weit überwiegende Teil der Arbeitslosen arbeiten. Es mangelte und mangelt nicht an der Arbeitsmoral, sondern an den Arbeitsplätzen. Der Mensch ist nicht nur ein „homo oeconomicus“ und verbindet mit Arbeit in der Regel mehr als nur die Erzielung von Einkommen. Das passt jedoch nicht in die schlichte Modellwelt vieler Ökonomen.

Wie kann man dennoch der Reform einen Erfolg zuschreiben? In den letzten Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen ge-

sunken und die der Erwerbstätigen gestiegen – und weil es so schön zur Theorie passt, kann das nur an den Reformen gelegen haben. Genauso überzeugend wäre es, eine regional unterschiedliche Geburtenhäufigkeit mit dem Auftreten von Störchen erklären zu wollen. Man nennt solch ein Verhalten in der Kognitionspsychologie „das Festhalten an Bestätigungsfehlern“: Alles, was zur bestehenden Meinung passt, wird begierig aufgenommen – und alles, was stört, wird ignoriert oder verdrängt. Man füttert also die eigenen Vorurteile. Ausgeblendet wird etwa, dass nach der Reform ein allgemein günstiges konjunkturelles Umfeld für einen Beschäftigungsaufbau sorgte. Zugleich ließ der Druck auf dem Arbeitsmarkt nach, weil infolge der natürlichen Bevölkerungsbewegung und geringerer Zuwanderungen das Erwerbspersonenpotential kaum noch wuchs. Die Beschäftigung nahm zwar zu, wegen vermehrter Teilzeitarbeit aber vor allem die Zahl der Erwerbstätigen und nicht so sehr das Arbeitsvolumen. Hierzu hat indes durchaus eine Arbeitsmarktreform – die Reform der Minijobs – beigetragen. Haushaltshilfen konnten nun als Mini-Jobber angemeldet werden, was deren Zahl stark ansteigen ließ. Es war aber nur ein Zuwachs in der Statistik und nicht in der Realität, da lediglich vorherige Schwarzarbeit legalisiert wurde. Starke Zuwächse gab es auch bei der Leiharbeit. Aber rührt der Beschäftigungszuwachs aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive von der Reform dieses Sektors her oder vielleicht doch eher daher, dass Personal gebraucht wurde, um Aufträge abzuarbeiten, da etwa deutsche Autos und Maschinen in Übersee wegen ihrer Produktqualität oder wegen ihres – infolge des Wechselkurses – relativ günstigen Preises besonders gefragt waren?

Ein Export der Arbeitsmarktreformen nach Südeuropa wäre der blanke Zynismus. Abgesehen davon, dass die Unterstützungssysteme dort viel löchriger sind als hierzulande, leiden die Länder unter einer eklatanten Nachfrageschwäche insbesondere auf dem Binnenmarkt und nicht an unzureichender Arbeitsbereitschaft. Helfen würde eher, endlich durchgreifend die Vermögen der Wohlhabenden zur Staatsfinanzierung zu mobilisieren anstatt den Hebel an der Massenkaufkraft anzusetzen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Jan Marcus
Dr. Katharina Wrohlich

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.